



# Fundament: Humanität und Menschenwürde

**Gemeinsame Erklärung von LINKE-Politikern zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riechinger, die Landesvorsitzende der LINKEN und der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Susanne Hennig-Wellsow, sowie der Landesvorsitzende in Brandenburg, Christian Görke, haben am 25. September eine gemeinsame Erklärung zur aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik abgegeben:

Die Bundesrepublik Deutschland steht mit der Aufnahme und Integration von Hunderttausenden Flüchtlingen und Asylsuchenden vor einer der größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung. Weder der grundgesetzlich verankerte Schutz der Menschenwürde noch das Grundrecht auf Asyl dürfen für die Bewältigung zur Disposition gestellt werden.

Die aktuell diskutierten gesetzlichen Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts und Leistungseinschränkungen für Flüchtlinge lehnen wir als kurz-sichtigen Aktionismus ab. Wir teilen die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Einschränkung der Gewährleistung des Existenzminimums für alle in Deutschland lebenden Menschen. Gesetze, die derartige Regelungen enthalten, können auch in den Ländern, in denen DIE LINKE Regierungsverantwortung trägt, nicht unsere Zustimmung finden. DIE LINKE fordert dezentrale Unterbringung und lehnt die Residenzpflicht und Arbeitsverbote entschieden ab. Dass Asylbewerberinnen

und -bewerber bis zu sechs Monate zwangsweise in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben müssen, ist inakzeptabel. Die Einteilung in vermeintlich gute und schlechte Flüchtlinge, unangekündigte Abschiebungen als Gesetzesvorgabe und die Einschränkung humanitärer Entscheidungsmöglichkeiten der Härtefallkommissionen ist mit uns ebenfalls nicht zu machen. Die vermeintlich sicheren Herkunftsländer sind alles andere als sicher – so werden Roma in einigen der Länder systematisch rassistisch verfolgt.

### Die Finanzierungszusagen sind nicht tragbar

Die Fixierung der öffentlichen Debatte auf Restriktionen und Abschreckung geht an den Realitäten vorbei. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung flüchten, fragen nicht danach, ob sie in Deutschland Taschengeld bekommen. Wir wollen kein Europa der kalten Herzen. 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs dürfen wir uns nicht damit abfinden, dass innerhalb der EU wieder Zäune und Mauern wachsen, während die Außengrenzen einer „Festung Europa“ gleichen.

Die Bundesrepublik Deutschland muss als Gesamtstaat und als Gesellschaft auf Integration umschalten. Wir erwarten insbesondere, dass der Bund in diesen Zeiten besonderer Herausforderungen von seiner Fixierung auf die Erwirtschaftung von Haushaltsüberschüssen abrückt und seine finanziel-

len Spielräume vollständig an Länder und Kommunen zur Finanzierung einer Integrationsoffensive weitergibt.

Die Finanzierungszusagen des Bundes werden den tatsächlichen Herausforderungen in Ländern und Kommunen nicht vollständig gerecht. Sie erfassen auch nicht die den Ländern und Kommunen entstehenden – maßgeblich durch bundesrechtliche Vorgaben bestimmten – Kosten durch das demnächst zu verabschiedende Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher. Die Finanzierungszusagen sind insbesondere für die finanzschwächeren Länder in dieser Ausgestaltung nicht tragbar.

### Stellungnahme der Kirchen

„Dass trotz dieser fundierten und sachlich formulierten Kritik die Bundesregierung keinen Schritt von ihrem Vorhaben der Asylrechtsverschärfung abgewichen ist, macht fassungslos“, so die Flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Berninger, zur gemeinsamen Stellungnahme der christlichen Kirchen zum Entwurf des so genannten Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes. Nun liege es an den Bundestagsfraktionen und den im Bundesrat vertretenen Ländern, den zum Teil aus verfassungsrechtlichen, zum Teil aus menschenrechtlicher Sicht begründeten Bedenken und Einwänden Rechnung zu tragen.

www.ekd.de

## AKTUELL

### Landtag beschließt Gedenktag 8. Mai in Thüringen

Mit deutlicher Mehrheit hat der Thüringer Landtag die Einführung des 8. Mai als Gedenktag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges in Europa beschlossen. Dazu MdL Katharina König am 2.10.: „Insbesondere die angehörten Verbände der Opfergruppen und Antifaschisten haben sich für den Gedenktag stark gemacht. Dabei ist seitens der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), aber auch durch den Zentralrat der Juden in Deutschland auf die außerordentliche Bedeutung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung hingewiesen worden. Die Einführung eines Gedenktages, so die FIR, verleihe aufgrund seiner welthistorischen Bedeutung keine Verwässerung durch die gleichzeitige Einfüh-

rung weiterer nicht in direktem Zusammenhang stehender Gedenktage, wie von der CDU beantragt.“ Leider habe die CDU die Chance vertan, angesichts der sich häufenden fremdenfeindlichen Übergriffe und Aufmärsche gemeinsam mit den anderen demokratischen Fraktionen des Landtages ein deutliches Signal für Humanismus, Willkommenskultur, Frieden und Freiheit zu setzen. Stattdessen habe sie ihre Zustimmung aus fadenscheinigen Gründen verweigert. „Alle drei Koalitionsfraktionen haben ihre Bereitschaft bekundet, in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren auch weitere Gedenktage einzuführen, aber der CDU ist die Fortschreibung ihres Märchens von der Koalition, welche die Opfer des SED-Regimes verhöhne, wichtiger als der Respekt vor den Opfern des NS-Re-

gimes.“ Angesichts der auch in der Debatte zutage getretenen geschichtsrevisionistischen Äußerungen aus der AfD betonte Katharina König die Mahnung vor Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit.

„In der Bundesrepublik brennen Flüchtlingsheime, finden völkische und nationalistische Demonstrationen statt, gleichzeitig docken AfD-Abgeordnete in unsäglicher Art und Weise an NS-Rhetorik an. Demgegenüber steht die Einführung des Gedenktages am 8. Mai für die Verantwortungsübernahme durch Parlament und Landesregierung, gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus einzustehen. Ich wünsche mir ein solches Zeichen auch von den Parlamenten der übrigen Länder und des Bundes“, so die Abgeordnete abschließend.

## KOMMENTIERT:

von Kati Engel

### Absenkung befürwortet

Die Anhörung im Innen und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat uns in unserer Auffassung, 16- und 17-Jährigen das aktive Wahlrecht sowohl bei Landtags- als auch bei Kommunalwahlen einzuräumen, bestärkt. Die übergroße Mehrheit der Anzuhörenden hat sich für eine Absenkung ausgesprochen und dies insbesondere mit dem nicht zu rechtfertigenden Ausschluss von ansonsten gesellschaftlich durchaus selbstständigen und politisch aktiven Menschen von der politischen Willensbildung begründet.

Insbesondere die Jugendverbände und Interessenvertretungen haben mit Ausnahme der Jungen Union eine Absenkung befürwortet und als positives Signal an jugendliche gewertet, ihren Belangen und Anliegen mehr Gewicht einzuräumen. Ausnahmslos alle Anzuhörenden haben angemahnt, dass es dabei dringend der flankierenden Begleitung durch Maßnahmen der politischen Bildung sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich bedarf.

Dies ist Herausforderung und Chance zugleich, Politikverdrossenheit und Passivität in demokratischen Willensbildungsprozessen den Kampf anzusagen. Dem wird seitens der Koalition Rechnung getragen und es wird auch eine entsprechende Thematisierung im mitbefassten Ausschuss für Jugend, Bildung und Sport erfolgen.

Ich appelliere an die CDU-Opposition, nicht auf ihrer Ablehnung zu beharren, sondern konstruktiv an der Fortentwicklung des Wahlrechts mitzuwirken. Unverständlich war allerdings für mich, dass zu einer Anhörung, bei der es um die Kommunen direkt betreffende Gesetzesvorhaben geht, sowohl Gemeinde- und Städtebund als auch Landkreistag von der Möglichkeit der mündlichen Stellungnahme keinen Gebrauch machten.

Ich hätte einige konkrete Fragen an die Vertreter der kommunalen Interessenverbände gehabt. Ihre Abwesenheit lässt weder auf Respekt gegenüber dem Gesetzgeber und dem parlamentarischen Verfahren schließen, noch scheint aus Sicht der Landkreise und Gemeinden der Frage des Wahlrechts ein sonderlich hoher Stellenwert beigemessen zu werden. Das ist kein dem Thema und dem Verfahren angemessener Umgang.